WIR machen das. Wer sonst?

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Pressesprecher
Dr. Frank Zitka

Telefon 030.4081-5510
Telefax 030.4081-5599
zitka@dbb.de
www.dbb.de

pressedienst

Nr. 15 Dresden, 01. Februar 2011

Einkommensrunde 2011 für den öffentlichen Dienst der Länder: Beschäftigte am Aufschwung beteiligen – Gewerkschaften aktionsbereit

Eine faire Bezahlung und neue Perspektiven für den öffentlichen Dienst der Länder hat der stellvertretende Vorsitzende der dbb tarifunion, Helmut Overbeck, am 1. Februar 2010 in Dresden im Rahmen eines Pressegesprächs zur Tarifrunde 2011 gefordert. „In Zeiten eines kräftigen Aufschwungs müssen auch die Beschäftigten etwas davon haben. Dies ist nicht nur fair sondern auch dringend notwendig, um beim Kampf um die besten Köpfe weiter konkurrenzfähig zu bleiben", sagte Overbeck.

Mit ihrem Forderungspaket baue die dbb tarifunion „kein Wolkenkuckucksheim", sondern schaffe „den Spagat zwischen einer angemessenen Beteiligung der Beschäftigten am Wirtschaftsaufschwung und einer zukunftsorientierten Personalpolitik", so Overbeck weiter. Gerade hier in den östlichen Bundesländern müsse aufgrund des demografischen Wandels gut ausgebildeter und motivierter Nachwuchs für den öffentlichen Dienst gewonnen werden. Dies gehe nur, wenn die öffentliche Hand in Sachen Personalentwicklung und Einkommen mit der Privatwirtschaft Schritt halte. „Unsere Forderung ist die einzig richtige Antwort hierauf", sagte Overbeck und unterstrich die hohe Bereitschaft der Beschäftigten, für die Einkommensforderungen auch auf die Straße zu gehen: „Gerade in Sachsen haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, dass in unserer Mitgliedschaft ein hohes Maß an Aktionspotential vorhanden ist. Insbesondere unsere Fachgewerkschaften im Lehrkräftebereich haben sich hier als verlässliche Partner bewährt, wenn es darum geht, sinnvolle Forderungen zu untermauern."

Die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beginnen am 4. Februar in Berlin. Die dbb tarifunion fordert für ihre rund 360 000 Mitglieder 50 Euro Sockelbetrag, eine Anhebung der Tabellenentgelte um 3 Prozent bei einer 14-monatigen Laufzeit, die Übernahme aller Auszubildenden und eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf den Beamtenbereich.